

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagschrift: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241.  
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei fögl. zweimaliger Zustellung drei Haus 1, 50 Reichsmark.  
Postbezugspreis für Monat Januar 3 Reichsmark. Einzelnummer 10 Pfennig.  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 80 mm breite Reklamenspalte 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Übersetzungsgeld 10 Pf., Zusam. Uebersetzung gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Dieckhoff & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Das Problem des Sicherheitspatts.

Die „Times“ fordert eine Friedensregelung an der West- und Ostgrenze Deutschlands. Die Bolschewikerkonferenz verbietet die Lieferung deutscher Torpedobootskessel an Argentinien und verwarnet die deutsche Regierung.

### Ein Schrift der deutschen Regierung zu erwarten?

(Durch Funkdruck.)

London, 27. Jan. In der gestrigen Uebersetzung der offiziellen Note schreibt „Times“ in einem Leitartikel, jedermann wüßte, daß der Zustand der Ungewißheit beendet werden müsse. Der Bericht der Kontrollkommission, auf dem das Argument für die Verlängerung der Besetzung Rußlands beruhe, müsse mit peinlicher Sorgfalt ausgearbeitet werden. Im Interesse des Friedens von Europa müsse die öffentliche Meinung über diese äußerst wichtige Frage sehr eingehend unterrichtet werden. Der bemerkenswerte Vorschlag für einen

Sicherheitspatt zwischen Deutschland und Frankreich, der im Organ der Zentrumspartei, der „Germania“ erschien, sei nicht geeignet, die wachsende Besorgnis zu beschwichtigen, daß Deutschland nicht abgerüstet habe. Dem Vorschlag der „Germania“ werde daher in Frankreich sehr wenig Bedeutung beigemessen. Deutschland habe oft Andeutungen ergehen lassen, daß es bereit sei, einen allgemeinen Pakt für die Sicherheit der Westgrenze zu erwägen, aber nicht für die der Ostgrenze des Reiches. Auch der Plan der „Germania“ erwähne diese Grenze nicht, und

es sei ziemlich sicher, daß keine französische Regierung Vorschläge erwägen werde, die nicht deutlich auch die Aufrechterhaltung der Friedensregelung mit Polen und anderen wiederhergestellten Staaten vorzieht.

Der Ernst, mit dem das deutsche Blatt darauf bestünde, daß der Pakt zwischen Deutschland und Frankreich allein abgeschlossen werden müsse, ohne das Dazwischenkommen von Vermittlern und insbesondere ohne das Dazwischenkommen Großbritanniens, sei wie „Times“ mit Genugtuung anzunehmen, nicht dazu angetan, ihn in den Augen patriotischer Franzosen zu empfehlen. Es bedürfte wirklich fester Gründe zur Erregung oder Hoffen in dieser Frage. Da der Frieden in Westeuropa in den nächsten Jahren nicht ernstlich bedroht sei, habe man Zeit zur Prüfung von Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens.

Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, Vertina, meldet aus Paris, dort werde dem Vorschlag, einen Garantiepakt für die französische Sicherheit abzuschließen, an dem Deutschland teilnehmen wird, große Aufmerksamkeit geschenkt. Man sei der Ansicht, daß ein Schritt der deutschen Regierung in dieser Richtung bald erwartet werden könne.

### Abänderung statt Verwerfung des Genfer Protokolls.

(Durch Funkdruck.)

London, 27. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Abgesehen von der Frage der internationalen Schulden werde der morgige Kabinettsrat möglicherweise auch gewisse Seiten des Sicherheitsproblems prüfen, die vom Reichsverteidigungsausschuß und einer Anzahl von Unteranschießen behandelt werden. Derriot und andere Staatsmänner seien außerhört bestrebt, das Genfer Protokoll vor dem völligen Scheitern zu retten. In London seien durch offizielle und politische Verbindungen Sondierungen vorgenommen worden, um festzustellen, welche Abänderungen des Protokolls in seiner jetzigen Gestalt für unerlässlich anzuwenden seien, wenn die Zustimmung des ganzen britischen Reiches erzielt werden soll. Nach Ansicht des Berichterstatters bleibt die Frage der östlichen Grenzen Europas die Hauptschwierigkeit. (W. T. B.)

### Die Arbeiten des Sachlieferungsausschusses.

Paris, 26. Jan. Unter dem Vorsitz des zum Schiedsrichter bestimmten schwedischen Bankdirektors Martinus Wallenberg hat der Sonderausschuß für die Sachlieferungen in der Zeit vom 12. bis 25. Januar weitere Sitzungen abgehalten und dabei seine Arbeiten erheblich gefördert. Er hat sich nunmehr bis zum 12. Februar vertagt, um den verschiedenen, von ihm eingesetzten Unterkommissionen Gelegenheit zu geben, ihre Arbeiten fortzusetzen. (W. T. B.)

### Weltwirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.

Untersuchungen eines Völkerbunds-Ausschusses.

Genf, 26. Jan. Heute trat im Völkerbundssekretariat zum ersten Male das vom Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes eingesetzte Unterkomitee zum Studium der Wirtschaftskrisen zusammen, um gemeinsam mit dem Internationalen Arbeitsamt Ursachen und Merkmale der Wirtschaftskrisen in ihrem Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Vorsitzender des Untersuchungsausschusses ist der Schweizer Doct. Unter den vom Arbeitsamt herangezogenen Sachverständigen nimmt auch der Präsident des Statistischen Reichsamtes, der Berliner Universitätsprofessor Dr. Wagemann, an den Arbeiten teil. Der Untersuchungsausschuß behandelt in seiner heutigen ersten Sitzung vor allem die Frage der Entwicklung und Verallgemeinerung der Anwendung von Anderzahlen. (W. T. B.)

## Eine Verwarnung der deutschen Regierung.

### Ein „Verfahren“ gegen die deutsche Regierung angedroht!

Wegen einer noch unabhieschlossenen Kriegslieferung Krupp's. London, 27. Januar. Die Konferenz der alliierten Vorkriegsminister in Paris soll, wie offiziell verlautet, die deutsche Regierung gewarnt haben, daß ein Verfahren gegen sie eingeleitet werden würde, wenn die Firma Krupp nicht sofort das Angebot zurückziehe, das sie der argentinischen Regierung zur Lieferung von Kesseln für die neuen Torpedoboote gemacht habe. Die Bolschewikerkonferenz sehe in dem Angebot einen Bruch des Teiles des Versailler Friedensvertrags, der Deutschland verbietet, Kriegsmaterial ohne besondere Erlaubnis der Alliierten herzustellen. Ein hierher gelangter, aber noch nicht behäftigter Bericht besagt, daß die argentinische Regierung Krupp's Offerte angenommen habe.

### Noch ein Jahr Militärkontrolle!

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Berlin, 27. Januar. Das Pariser „Journal“ meldet: Den Auszügen aus dem Bericht der Internationalen Militärkontroll-Kommission ist noch nachzutragen, daß die Kontrollkommission selbst eine Fortsetzung der künftigen Kontrolle um mindestens ein Jahr für notwendig hält. Auch der „Matin“ meldet, daß vor Jahresende nicht an die Aufhebung der Kontrolle zu denken sei. Inwieweit hiervon die Räumungsstermine abhängig zu machen wären, müsse der Vorkriegsminister entscheiden.

### Der französische Landesverteidigungsrat und die Räumungsfrage.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Zürich, 27. Jan. Die „Neue Zürcher Zeitung“ telegraphiert aus Paris: Der oberste Landesverteidigungsrat hat am Montag mittig in Versailles getagt. Daraus meldet aus seinen Beschlüssen, daß er sich mit dem gesamten Komplex der Räumungsfrage beschäftigt habe, auch mit der Rührfrage. Der Pariser „Temps“ schreibt, auch die Ruhr würde nur geräumt, wenn Deutschland vorher alle Verpflichtungen des Londoner und der früheren Abkommen erfüllt habe.

### Vor Abbruch der Pariser Wirtschaftsverhandlungen?

Berlin, 27. Januar. Zum Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich erfahren wir, daß Herr Trendelenburg Vollmachten für eine Unterbrechung und Vertagung der Verhandlungen bereits erteilt hat.

### Deutsche Minister als Zeugen für Deutschlands Kriegsschuld.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)

Der Jubel des „Temps“. Genf, 27. Januar. Der Pariser „Temps“ schreibt: In den vielen deutschen Zeugen für die Schuld Deutschlands an der Entfesselung des Weltkriegs sind jetzt die Zeugnisse zweier deutscher Minister getreten, des preussischen Ministerspräsidenten und des preussischen Ministers des Innern. Die Entente wird die Kundgebungen in ihren Annalen einschreiben, als ersten Beweis, daß die strenge Politik gegen Deutschland endlich auch die Führer der Staaten und des Reichs zur Einsicht gebracht habe.

### Die polnisch-französischen Absichten gegen Danzig.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.) Zürich, 27. Januar. Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Warschau: Die französische Militärkommission ist an die polnische Nordwestgrenze abgereist. Der polnische Ministerrat hat neue Forderungen an Danzig zugestimmt.

### Stäuning über das deutsch-dänische Grenzproblem.

(Durch Funkdruck.)

Kopenhagen, 27. Jan. Ministerpräsident Stäuning hielt heute abend in einer Versammlung des Grenzvereins in Jyderup eine Rede, in der er u. a. das deutsch-dänische Grenzproblem behandelte. Nachdem er die Verhältnisse vor dem Kriege und die Wiedervereinigung mit Dänemark erwähnt hatte, wies er darauf hin, daß in den an Dänemark gelangenen Gebieten die deutsche Minderheit so groß sei, daß sie einen Vertreter in den dänischen Reichstag gesandt habe. Die deutsche Minderheit sei keiner Zwangswirtschaft unterworfen. Sie solle kulturelle Freiheit genießen und nach ihrem eigenen Wunsch die deutsche Sprache und die deutsche Kultur bewahren. Die neue Grenze sei eine Tatsache, die respektiert werden müsse. Es sei der aufrichtige Wunsch, daß die dänische Minderheit bezüglich der Grenze ebenso gute Bedingungen erhalte, wie die Deutschen in Nordschleswig. Die von der deutschen und dänischen Regierung zur Klärung der Grenzfragen kürzlich abgehaltene Konferenz sei als ein Erfolg zu kennzeichnen und es sei zu wünschen, daß das gute Einvernehmen weiter ausgebaut werde. (W. T. B.)

### Der erste sozialpolitische Schritt.

Zwei- oder Dreischichten-System in den durchgehenden Betrieben war die große Streitfrage, um die sich der Kampf zwischen den Gewerkschaften und der Schwerindustrie in der großen Krisenzeit des Inflationszusammenbruchs vor einem Jahre drehte. Sie wurde in der einigenden Erkenntnis der unbedingten wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Produktionsverbilligung zugunsten des Dreischichten-Systems entschieden, das der Industrie eine Belebung und sehr wesentliche Steigerung ihrer Produktion ermöglichte. Und wenn jetzt das Kabinett Luther, noch ehe es vor den Reichstag trat, um sein Programm darzulegen, als erstes Ergebnis einer Kabinettsberatung den Beschluß gefaßt hat, vom 1. April ab für Hochöfenwerke, Verkokungs- und Kohlendestillationsbetriebe die Rückkehr zum Dreischichten-System anzuordnen, so ist das ein Schritt von weittragender Bedeutung. Ganz unerwartet ist der Beschluß nicht gekommen. Denn der der christlichen Gewerkschaftsbewegung entstammende Arbeitsminister Brauns hatte bereits in der Wahlzeit den Gewerkschaften das Versprechen gegeben, daß die betreffende Verordnung Mitte Januar ergehen würde, und nachdem es feststand, daß der Zentrumsmilitär wieder dem Kabinett Luther angehören würde, mußte mit dieser Maßnahme gerechnet werden. Ueberraschend dagegen war es, daß der deutschnationale Redner Graf Bekker bei der Bekräftigung der Regierungserklärung im Reichstage diesen Kabinettsbeschluß nicht nur nicht in den Kreis seiner kritischen Bemerkungen einbezog, sondern ausdrücklich die Zustimmung der gesamten Fraktion einschließlich der der Industrie angehörenden Mitglieder zu diesem ersten sozialpolitischen Schritt und darüber hinaus zu dem ganzen erfreulich umfangreichen sozialpolitischen Programm der Regierung Luther ansprach. Damit sind einmal zum Leidwesen der Sozialdemokratie alle die Geiseln einer früheren sozialpolitischen Reaktion, die die Sozialisten so eifrig an die Wand gemalt hatten, in das Reich der Fabel verworfen worden. Zum andern aber ist dieser erste Beschluß des Kabinetts Luther ein Beweis dafür, wie ernst es der neuen Regierung mit ihrer harten Betonung des sozialen Gedankens ist. Und wenn die Opposition nach der großen ergebnissenreichen Rede des Reichskanzlers in der zweiten Redeperiode so kleinlaut geworden, die Sozialdemokratie von ihrer „rückwärtsloseten Opposition“ sogar zu dem Zugeständnis einer teilweisen Mitarbeit gekommen ist, so liegt der Grund hierfür in der überzeugenden Kraft der Lutherischen Erklärungen, durch die der feste Wille zu energischer sachlicher Arbeit überall hervorleuchtet.

Ohne Zweifel trifft der Uebergang zum Dreischichten-System die Industrie sehr schwer. Das geht schon mit aller Deutlichkeit aus dem umfangreichen Gutachten des Reichswirtschaftsrats hervor, dessen Ausschluß den Beschluß mit 14 Stimmen der Arbeitnehmer gegen die 13 Stimmen der Arbeitgeber gefaßt hat. Von größter Bedeutung sind dabei aber die beiden Stimmabstimmungen des Professors Heide und des Sozialisten Cohen, die beide auf Grund der monatlichen Erhebungen der Untersuchungskommission des Reichswirtschaftsrats in den einzelnen Betrieben zu dem Ergebnis gekommen waren, daß für die nächste Zeit ein Uebergang zum Dreischichten-System für die betreffenden Betriebe nicht tranbar sei. Beide, sowohl Professor Heide als Generalsekretär der „Gesellschaft für soziale Reform“, wie besonders Cohen als Sozialist, stehen auch nicht im entferntesten in dem Genuß, einer Rechtsfreundlichkeit oder gar Arbeiterfreundlichkeit. Ihr Antrag, das Dreischichten-System erst vom 1. Januar nächsten Jahres ab einzuführen, ist zwar abgelehnt worden. Da sie sich aber bei der Billigung der sofortigen Einführung der Stimme enthalten haben, geht aus der Abstimmung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats hervor, daß dessen Mehrheit nicht für, sondern gegen die Maßnahme ist. Und das muß natürlich zu denken geben. Es muß dabei unbedingt mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß manche besonders schwache Betriebe infolge der neuen Belastung stillgelegt werden müssen; denn es wird jetzt notwendig, eine neue Schichtlohnsumme aufzubringen, ohne daß mehr geleistet wird, und ohne daß bei der Entlohnung der bisherigen beiden Schichten eine Erleichterung eintritt, da für diese der Schichtverdienst derselbe bleibt wie bisher. Und wenn hierdurch eine Verteuerung des Produkts kaum zu vermeiden sein wird, so ist die Wirkung um so weittragender, als es sich um Schlüsselindustrien handelt deren Anstoßen- und Preisbildung für die gesamte Wirtschaft grundlegend ist. Es ist heute noch kaum zu übersehen, ob sich in der Praxis wenigstens für die schwächsten Betriebe Erleichterungen und Ausnahmen schaffen lassen, um eine besonders für die Arbeiterschaft recht empfindliche Stilllegung einzelner Werke zu vermeiden. Theoretische Handhaben dazu sind allerdings vorhanden. So besagt der § 7 der Arbeitszeitverordnung, dem jetzt die Hochöfenanlagen und Kokereten unterstellt werden, daß eine Ueberschreitung des Achtstundentages für Gewerbetreibende oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, zulässig ist, wenn die Ueberschreitung aus